MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 13. September 2017, mit dem eine Entschließung vom 6. Juli 2017 betreffend Anpassungen des Steuersystems vorgelegt wird.

2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 13. September 2017, mit dem eine Entschließung vom 6. Juli 2017 betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und PKW vorgelegt wird.

3. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 12. September 2017, mit dem eine Resolution vom 12. September 2017 betreffend "Nein zu Tempo 100 auf der A2 Südautobahn" vorgelegt wird.

4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. September 2017, mit dem ein Beschluss vom 15. September 2017 betreffend "Neue Normalarbeitszeiten - bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben" vorgelegt wird.

5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. September 2017, mit dem ein Beschluss vom 15. September 2017 betreffend "Flexibilisierung der Arbeitszeiten nicht auf Kosten von Frauen und Männern mit Betreuungspflichten" vorgelegt wird.

6. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. September 2017, mit dem ein Beschluss vom 15. September 2017 betreffend "Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Vereinbarkeit ist auch Männersache" vorgelegt wird.

7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. September 2017, mit dem ein Beschluss vom 15. September 2017 betreffend "Frauenförderungsmaßnahmen in privaten Unternehmen (Karrierepfade und Vereinbarkeit von Beruf und Familie)" vorgelegt wird.

8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 25. September 2017, mit dem ein Beschluss vom 22. September 2017 betreffend "Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG zum Ausbau ganztägiger Schulformen" vorgelegt wird.

9. Schreiben der Magistratsdirektion Wien vom 2. Oktober 2017, mit dem eine Resolution vom 28. September 2017 betreffend Gewaltverbrechen in Myanmar vorgelegt wird.

10. Schreiben der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 28. September 2017, mit dem eine Resolution vom 28. September 2017 betreffend "Reform

des Ökostromgesetzes" sowie "Ausweitung der Lebensmittelkennzeichnung auf Hauptrohstoffe in verarbeiteten Lebensmittel" vorgelegt wird.

11. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 2. Oktober 2017, mit dem eine Resolution vom 21. September 2017 betreffend die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln vorgelegt wird.

12. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 3. Oktober 2017, mit dem eine Resolution vom 29. September 2017 "gegen die Privatisierung von Wasser - das Recht auf Wasser in der Bundesverfassung verankern" vorgelegt wird.

13. Schreiben der Bürgermeisterin von Innsbruck vom 11. Oktober 2017, mit dem eine Resolution vom 5. Oktober 2017 zur Direktvergabe des ÖPNV vorgelegt wird.

14. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 12. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 21. September 2017 betreffend "Blaulichtbewilligung für Fachärzte (Notärzte)" vorgelegt wird.

15. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 13. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 13. Oktober 2017 betreffend Bundesgesetz über die Errichtung einer Wohnbauinvestitionsbank (WBIB-G) vorgelegt wird.

16. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 13. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 13. Oktober 2017 betreffend Erweiterung der Ausnahmebestimmungen im Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz vorgelegt wird.

17. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 11. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 21. September 2017 betreffend gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich vorgelegt wird.

18. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 17. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2017 betreffend Schulkosten-Monitoring vorgelegt wird.

19. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 13. Oktober 2017, mit dem eine Entschließung vom 21. September 2017 betreffend die Sicherstellung der Kinderbildung und -betreuung vorgelegt wird.

20. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 13. Oktober 2017, mit dem eine Entschließung vom 21. September 2017 betreffend Unterstützung der Feuerwehren vorgelegt wird.

21. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 9. Oktober 2017, mit dem eine Resolution vom 9. Oktober 2017 betreffend "Jugend schützen - rigorose Strafverfolgung von Drogenhändlern, Suchtmittelgesetz verschärfen" vorgelegt wird.

22. Schreiben des Landeshauptmannes von Salzburg vom 12. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2017 betreffend Personalaufstockung bei der Polizei vorgelegt wird.

23. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Überbeglaubigungen bei geflüchteten StudentInnen" vorgelegt wird.

24. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Bundesverwaltungsgericht (BVwG); Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA); Darlegung der Entscheidungspraxis der einzelnen Bundesländer auch im Hinblick auf eine Unterscheidung der jeweiligen Regionaldirektionen des BFA und des BVwG" vorgelegt wird.

25. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Grundversorgung; Kapazitätsplanung; Quartiere und Plätze in der Grundversorgung (kurz-, mittel- und langfristig)" vorgelegt wird.

26. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Weitergabe von Informationen an die Länder über vom Bund finanzierte zielgruppenspezifische Angebote, insbesondere Integrationsangebote" vorgelegt wird.

27. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 23. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Stand der Umsetzung des Paktums über den Finanzausgleich ab dem Jahr 2017; Aufgabenorientierung in der Elementarbildung, (Zwischen)Bericht" vorgelegt wird.

28. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Frauen mit Fluchthintergrund" vorgelegt wird.

29. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Deutschkurse" vorgelegt wird.

30. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Versicherungsschutz im medizinischen Bereich" vorgelegt wird.

31. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 20. Oktober 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Oktober 2017 betreffend "Beseitigung von Barrieren bei der Berufsanerkennung" vorgelegt wird.

32. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 2. November 2017, mit dem drei Beschlüsse – „Einführung eines österreichweiten Pflege-Gütesiegels", „Verbesserung und Ausdehnung der Herkunftskennzeichnung auf verarbeitete Lebensmittel" sowie „Verschärfung der Abschiebegründe bei Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten" vorgelegt werden.

33. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol vom 25. Oktober 2017, mit dem 10 Resolutionen und Anträge der 172. Vollversammlung vom 20. Oktober 2017 vorgelegt werden.

34. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 6. November 2017, mit dem eine Resolution vom 26. Jänner 2017 betreffend Aufnahme eines Lichtbilds auf die e-card vorgelegt wird.

35. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Arbeitsmarktintegration von AsylwerberInnen, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten" vorgelegt wird.

36. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Prävention von Extremismus und Radikalisierung" vorgelegt wird.

37. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Spracherwerbsmaßnahmen für ZuwanderInnen" vorgelegt wird.

38. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Beseitigung von sprachlichen Barrieren bei PatientInnen mit Migrationshintergrund" vorgelegt wird.

39. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Integration von Frauen mit Migrationshintergrund" vorgelegt wird.

40. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Bildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund" vorgelegt wird.

41. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Beseitigung von Barrieren bei der Berufsanerkennung für AsylwerberInnen" vorgelegt wird.

42. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. November 2017 betreffend "Überbeglaubigungen für geflüchtete StudentInnen" vorgelegt wird.

43. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 10. November 2017 betreffend "Zukunft der Europäischen Union; Diskussions- und Reformprozess; Gemeinsame Länderstellungnahme" vorgelegt wird.

44. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 10. November 2017 betreffend "Vertragsverlet-

zungsverfahren 2013/4077 wegen behaupteter ungenügender Ausweisung von Natura 2000-Schutzgebieten" vorgelegt wird.

45. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 10. November 2017 betreffend "Konzept für eine Änderung des abgekürzten Verwaltungsverfahrens im VStG" vorgelegt wird.

46. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 10. November 2017 betreffend "Gemeinsam Perspektiven schaffen - aktuelle Länderpositionen" vorgelegt wird.

47. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 10. November 2017 betreffend "Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel" vorgelegt wird.

48. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 10. November 2017 betreffend "Europäische Struktur- und Investitionsfonds post2020; Perspektiven der österreichischen Länder; Gemeinsame Länderstellungnahme" vorgelegt wird.

49. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 8. November 2017, mit dem ein Beschluss vom 4. Oktober 2017 betreffend "pensionsrechtliche Besserstellung für pflegende Angehörige" vorgelegt wird.

50. E 217-NR/XXV.GP vom 4. Oktober 2017 betreffend Schaffung eines bundesweiten Qualitätsrahmens für elementare Bildungseinrichtungen (Wortlaut siehe Beilage).

51. E 218-NR/XXV.GP vom 12. Oktober 2017 betreffend Sicherung des Pensionssystems (Wortlaut siehe Beilage).

52. E 219-NR/XXV.GP vom 12. Oktober 2017 betreffend Modernisierung des ArbeitnehmerInnen-Begriffs (Wortlaut siehe Beilage).

53. E 220-NR/XXV.GP vom 12. Oktober 2017 betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Pflegeskandal von Kirchstetten (Wortlaut siehe Beilage).

54. E 221-NR/XXV.GP vom 13. Oktober 2017 betreffend Palmöl – billiges Fett mit teuren Folgen (Wortlaut siehe Beilage).

217/E XXV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 4. Oktober 2017

betreffend Schaffung eines bundesweiten Qualitätsrahmens für elementare Bildungseinrichtungen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Ziel „Qualitätsvolle Kinderbetreuung und elementare Bildung" aus ihrem eigenen Arbeitsprogramm – trotz teilweise bereits abgelaufener Fristen – umgesetzt wird. Dazu soll die Frist für die Maßnahme „Schaffung eines bundesweiten Qualitätsrahmens bis 2016" auf das Jahr 2018 verlängert werden.

218/E XXV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 12. Oktober 2017

betreffend Sicherung des Pensionssystems

Die Bundesregierung wird ersucht, sicherzustellen, dass

1. die bestehende Pensionsformel „mit 65 Jahren nach 45 Versicherungsjahren mit 80 % des Durchschnittseinkommens in Pension gehen zu können“ erhalten bleibt,
2. es zu keiner vorzeitigen Anhebung des Frauenpensionsalters kommt,
3. die Gutschriften auf den Pensionskonten der Versicherten gegen Eingriffe abgesichert werden,
4. BezieherInnen von hohen Sonderpensionen einen stärkeren Beitrag zur Sicherung unseres staatlichen Pensionssystems leisten.

219/E XXV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 12. Oktober 2017

betreffend Modernisierung des ArbeitnehmerInnen-Begriffs

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, wird aufgefordert:

- die Weiterführung der Angleichung von atypischen und neuen digitalen Beschäftigungsformen zu verfolgen um das arbeits- und sozialrechtliche Schutzniveau für ArbeitnehmerInnen im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unterentlohnung zu verbessern,
- dies umfasst auch die Vorlage von Gesetzesvorschlägen zur Überführung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung 1859 in das moderne Arbeitsrecht unter Aufrechterhaltung zumindest desselben Schutzniveaus

220/E XXV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 12. Oktober 2017

betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Pflegeskandal von Kirchstetten

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der

1. in Ergänzung der berufsrechtlichen Regelungen für Gesundheits- und Pflegeberufe eine Informationspflicht der Staatsanwaltschaft an die für die Berufsberechtigung zuständigen Behörden über Strafverfahren gegen Angehörige der Gesundheits- und Sozialberufe,
2. sowie in solchen Fällen bessere Informationsmöglichkeiten aktueller und künftiger ArbeitgeberInnen vorsieht.

Darüber hinaus sollen gemeinsam mit den Ländern, den Pflegeanwaltschaften und der Volksanwaltschaft die Kontrollmechanismen im Pflegebereich überarbeitet und klarere Zuständigkeiten geschaffen werden.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, die für die Berufsberechtigung zuständigen Behörden erneut in geeigneter Weise über die im Rahmen der geltenden berufs- und verfahrensrechtlichen Regelungen bestehenden Möglichkeit zu informieren, die vorsehen, dass eine Entziehung der Berufsberechtigung wegen mangelnder Vertrauenswürdigkeit bei Gefahr in Verzug unmittelbar zu erfolgen hat.

221/E XXV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 13. Oktober 2017

betreffend Palmöl – billiges Fett mit teuren Folgen

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht,

- eine nationale Palmölreduktionsstrategie zu erarbeiten,
- im Rahmen der öffentlichen Beschaffung Alternativen zu palmstoffhaltigen Produkten zu prüfen und entsprechend zu nutzen,
- sich dafür einzusetzen, dass die Steuerbegünstigung für Treibstoffe aus Palmöl gestrichen wird,
- sich für eine möglichst umfassende Reduzierung von Palmöl in allen Gütern des täglichen Gebrauchs einzusetzen,
- sowie sich dafür einzusetzen, dass in Österreich verwendete Futtermittel palmölfrei sind.

Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene und gegebenenfalls nationaler Ebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Biogene Kraftstoffe aus Palmöl sollen nicht mehr für die Erreichung der Klimaziele im Rahmen der Erneuerbare-Energien Richtlinie (RED) und der Kraftstoffqualitätsrichtlinie (FQD) angerechnet, die Rahmenbedingungen für eine entsprechende Deklaration sollen geschaffen werden.
- Drängen auf die Einhaltung strenger Grenzwerte für Glycidyl-Fettsäureester in pflanzlichen Ölen und Fetten für die Nahrungsmittelproduktion sowie Einsatz für strenge MCPD Grenzwerte,
- Einsatz für eine weitergehende Kennzeichnungspflicht für Palmöl in Produkten sowie über die bereits bestehende Kennzeichnungspflicht für Palmöl in Kosmetika in geeignetem Ausmaß zu informieren.